

Heinz Kleger

Die Wiederkehr der Toleranz(-Diskussion) in Brandenburg – Möglichkeiten und Grenzen eines Konzepts

Die politische Theorie ist eher an Möglichkeiten als an Grenzen interessiert. Möglichkeiten sind interessanter und bedeuten hier Möglichkeiten des Handelns-Könnens. Kreatives Handeln besteht in der Entdeckung, Ausschöpfung und Erfindung dieser Möglichkeiten. Dabei stößt man an vielen Stellen auch an Grenzen, oft sehr elementare Grenzen: Dies sind Grenzen der Zeit, des physischen Vermögens, des Interesses, der Informations- und Verarbeitungskapazität, der Aufmerksamkeit, der Gesprächs- und Kommunikationsfähigkeit usw., die gleichermaßen in der Theorie wie in der demokratischen Politik gerne unterschätzt werden. Stattdessen wird als Bedingung der eigenen Möglichkeiten sozusagen ein naiver Aufklärungs- und Handlungsoptimismus unterstellt, der oft zu wenig reflektiert wird. Er wirkt dann als Placebo.

Für eine realistische Hermeneutik ziviler Kräfte, mithin *wirklicher* Kräfte, ist die Kenntnis und Einschätzung von Handlungsgrenzen wichtig. Politische Theorie ist weder Moral- noch Wunschenken. Jedes Vorhaben hat seine Grenzen, das ist trivial. Keine Trivialität ist es indessen, ein Konzept, das kohärent ist und viele inspiriert, zu entwickeln und weiter zu denken. Dies ist in einer beschleunigten Zeit, die alles schnell verbraucht, nicht leicht. Wo bleibt die Substanz? Mit Konzept ist hier das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘ und seine Hintergrundphilosophie der Toleranz gemeint, die

selbstverständlich auch ihre Grenzen hat, schon deshalb weil Toleranz eine „dünne kulturelle Haut“ ist (Kliegl) und ein emotional besetztes Streitfeld bleibt. Nicht trivial ist selbstverständlich auch die Apologie des Trivialen, wenn sie notwendig wird. Oftmals braucht dies sogar Mut. Noch sinnvoller ist es indessen, einfach das zu tun, was wir selbst ermöglichen können.

Tolerantes Brandenburg

Begriff und Thema der Toleranz sind in den 90er-Jahren wieder nach Brandenburg zurückgekehrt, und zwar überraschend *zentral* und mit einer deutlich *polemischen* Bedeutung *gegen* Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Die Gegnerschaft in Gestalt des Nicht-Tolerierbaren war dabei offensichtlich. Ich brauche an dieser Stelle nicht noch einmal die Zahlen und Ereignisse zu rekapitulieren. Die Aufzählung und die damit verbundenen Erzählungen würden länger als eine halbe Stunde dauern, die mein Referat nur in Anspruch nehmen darf. Ich kann gewissermaßen als Verdichtung für alles nur sagen, dass die vielen afrikanischen Studenten, die ich seit 1993 kennen gelernt habe, sich damals mit ihren Familien kaum aus den Häusern geschweige denn in die Region trauten und deshalb auch wenige Ausflüge unternahmen.

1998 wurde das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘, dessen Auftaktveranstaltung in der Nikolaikirche in Potsdam stattfand, gegründet. Dieses Konzept verbindet staatliche und nicht-staatliche Mittel und greift sowohl auf den starken durchsetzungsfähigen Rechtsstaat als auch die Aktivierung der vielfältigen Bürgergesellschaft zurück. Es verknüpft Repression und Prävention bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Im Unterschied zur ‚Toleranz von Oben‘ im 17. und

18. Jahrhundert, die vom Herrscherhaus verordnet wurde, ist heute für politisch bedeutsames Handeln das oft konfliktreiche Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher Kräfte notwendig. Nur so lassen sich Handlungschancen bündeln, die in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsstrategie von Freiheit und Toleranz liegen. Freiheit und Toleranz bedingen einander, ebenso wie Aufklärung und Toleranz. Wir brauchen allerdings eine geduldige Aufklärung, die selber tolerant ist und nicht intolerant wird. Fanatismus war der ursprüngliche Gegner der Aufklärung (so bei Voltaire), es gibt aber auch einen Fanatismus der Aufklärung (nicht bei Voltaire). Politisch müssen wir in einer Demokratie gerade mit denen sprechen können, mit denen wir nicht sprechen möchten. Dies gilt allgemein und nicht nur für Grenzfälle. Für Grenzfälle gilt: Solange noch miteinander gesprochen wird, wird nicht zugeschlagen. Die Normativität des Gesprächs ist eine gute Leitlinie, die immer ausgeschöpft werden muss, bis es nicht mehr geht. Sie passt als Philosophie zur Demokratie.

Einerseits geht es um eine klare politische Positionierung von Regierungsseite, andererseits gilt es, Initiativen von Unten, die auf lokaler und regionaler Ebene gegen das Klima von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz vorgehen, zu unterstützen. Das ‚Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit‘ feiert mittlerweile ebenso sein zehnjähriges Bestehen wie das ‚Tolerante Brandenburg‘. Beides sind anspruchsvolle Handlungskonzepte, die durchaus wirksam geworden sind. Die Ergebnisse der bisherigen Bemühungen können sich sehen lassen, dennoch können sie nicht beruhigen, denn es geht ja ebenso um ein alltägliches krisenfestes *Für* wie ein polemisches *Gegen* – oder wie es im Berliner Olympiastadion heißt: „*Für* Toleranz und *gegen* Rassismus“. Der Alltagsrassismus ist das Hauptproblem sowie die Verführungskräfte illiberaler, autoritärer und rechtspopulistischer Argumente, die in Zukunft nicht kleiner werden. Was lässt sich

also für unser ‚Für‘ ins Feld führen, um ihm einen fruchtbaren Boden gegen die erwähnten Verführungskräfte zu bereiten? Dies scheint mir die schwierige Frage zu sein, um auf Dauer in die alltäglichen Mikrobereiche hinein gegen offensichtliche Gegner, die nie gänzlich von der Bildfläche verschwinden werden, zu bestehen.

Wie gesagt: *Zuerst* gab es die buchstäblich abstoßenden negativen *Erfahrungen*, die zahlreich waren und die polemischen Anlässe dazu. *Ereignisse* sind sozusagen die kleinen Münzen im Argumentationsreservoir politischer Theorie, die breit zu überzeugen vermögen. *Zweitens* können wir hier in der Region durchaus einen geistigen Schatz heben, der in der Geschichte (von Pufendorf über Thomasius bis Mendelssohn) und in der aktuellen Gegenwart (die ermutigenden Ereignisse der demokratischen Revolution von 1989) liegt. Das ist ein Erbe, das wir nicht ausschlagen sollten, das wir vielmehr als *Labor politischen Denkens* benutzen können. Schließlich ist dies alles vor dem Hintergrund des 20. Jahrhunderts zu sehen, das intellektuell – mit geschichtsphilosophischen und wissenschaftlichen Begründungen (vornehmlich der so genannten Eliten) – zu Gipfelpunkten der *Intoleranz und Selbstermächtigung von Gewalt* geführt hat, die außerhalb des Vorstellungsvermögens selbst der schwärzesten politischen Theoretiker der Vergangenheit (wie Machiavelli oder Hobbes) gelegen haben. Diese außerordentlichen Phänomene des Zivilisationszusammenbruchs und ihre konsensuellen Grundlagen bedürfen weiterhin der Nachforschung und des Nachdenkens. Auch dafür sind wir hier in Potsdam am richtigen Ort: Potsdam verfügt sozusagen über einen ‚genius loci‘ sowohl für die Toleranz- wie die Intoleranzforschung. Von *beidem* können und müssen wir lernen.

Die Wiedererinnerung ausgerechnet an die Toleranz erfolgte deshalb nicht zufällig. Sie war gut begründet und gut verortet. Diesen Orientierungsfaden mit seinen vielfältigen Anknüpfungs-

punkten in der Real- wie in der Ideengeschichte wollen wir wieder aufnehmen und ins Zentrum für eine neue Identitätsbestimmung auch des neuen Landes Berlin-Brandenburg rücken. Das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘ ist nicht nur als weiteres zusätzliches ‚Politikprogramm‘ von eher marginaler Bedeutung zu verstehen oder gar als Imagekonzept für das Tourismus-Marketing. Viele Studenten aus der Region (mehr als die Hälfte der Potsdamer Studenten kommen aus Brandenburg) haben das auch so verstanden.

Integration braucht Zeit und Toleranz

Pufendorfs Traktat ‚De habitu religionis christianae ad vitam civilem‘ (1687) gehört neben Lockes, Bayles und Voltaires Schriften zur wichtigsten *europäischen* Protestliteratur gegen die damalige französische Politik der Intoleranz nach der Revokation des Ediktes von Nantes am 18. Oktober 1685. Dies bildet den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der freien Wahl einer Konfession. Am 29. Oktober wird sogleich das Edikt von Potsdam erlassen.

Beim historischen Potsdamer Edikt handelt es sich weniger um ein Toleranzedikt als vielmehr um einen Akt konfessioneller Solidarität von Reformierten mit Reformierten in einem mehrheitlich lutherischen Land – von „Glaubensgenossen“ und „Mitleid“ wird gesprochen –, welches zum Beispiel die Katholiken (in Art. 13) bewusst nicht in die religiöse Toleranz einbezog. Allerdings wurde den hugenottischen Glaubensflüchtlingen nicht weniger als eine neue Heimat angeboten – mit allen Bürgerrechten, aber zunächst nicht mit allen Bürgerpflichten. Das Geniale war: Man ließ sie kommen und gab ihnen *Zeit* – über Generationen hinweg. Ende des 18. Jahrhunderts gaben die hugenottischen Gemeinden

ihre *Privilegien* freiwillig auf. So verzichteten sie zum Beispiel auf die französische Sprache im Gottesdienst, da sie ohnehin keiner mehr sprach. Beide Seiten haben die Mischung der Kulturen zugelassen. Der heutigen Diskussion fehlt es dagegen häufig an Kenntnissen über die Geschichte der Einwanderung. An kühnem Pragmatismus fehlt es der Politik in diesen Tagen ohnehin. Selbst die kleinsten Visionen sind in ihm nicht eingebaut.

Religiöse Toleranz, die als Problem noch nicht erledigt ist, wie man weltweit sehen kann, bedeutet jedoch noch nicht Religionsfreiheit. Die Positivierung der Religionsfreiheit als einklagbares subjektives Recht erfolgt auch in Ländern, die historisch durch die Aufklärung geprägt worden sind, relativ spät.¹ Selbst der liberale Vordenker John Locke hat die Katholiken und Atheisten aus seiner Toleranz mit Argumenten ausgeschlossen,² die bis ins 20. Jahrhundert hinein als Illoyalitätsverdacht gewirkt haben und teilweise heute noch wirken. Heute kommen die Verdächtigungen gegenüber Muslimen und Juden hinzu: Die Islamophobie grassiert in Europa und den USA, und der Antisemitismus ist nach wie vor weit verbreitet.

Die Religionsfreiheit ist eine rechtspolitische Überbietung der Toleranz. Durch diesen Vorgang verändert sich auch die Toleranz: Sie wird von einem Element religionspolitischer Aufklärung, das Bürgerkriege verhindern und Frieden stiften soll, zu einer *Verhaltenstugend der Bürger untereinander*, die freilich eingeübt werden muss – über Generationen hinweg (Zivilisation als Praxis und Prozess). Diese Bedeutung der Toleranz nimmt in der liberalen Moderne mit ihrem Pluralismus nicht ab, sondern zu: Zum zivilen Umgang untereinander gehört der zivile Umgang mit den Anderen. Diese Zivilität ist eine Zuständigkeit für die

1 Vgl. Lutz, Heinrich (Hg.): Zur Geschichte der Toleranz und Religionsfreiheit, Darmstadt 1977.

2 Vgl. Locke, John: Ein Brief über Toleranz (1689), Hamburg 1957.

Zivilisation, die kein anonymer Prozess ist, für die wir vielmehr eine Verantwortung tragen.

Historisch gesehen hat sich dies zuerst im konflikthaften Umgang der Konfessionen untereinander entwickelt. Hier liegt der christliche Ursprung des Toleranzgedankens als *Offenheit*. Heute bezeichnet Toleranz ein ziviles Verhalten gegenüber jeglicher Art von *Differenz*: religiöser, ethnischer, kultureller, sozialer, politischer und sexueller Differenz. Diese *umfassende Toleranz* bildet den Grundstein für das, was man als Liberalität oder Zivilität bezeichnen kann und wofür Bürger eine Zuständigkeit entwickeln müssen. Alles Weitere verliert nämlich seinen Sinn, wenn mit ihm gegen diese Werte verstoßen wird. Diese Zuständigkeit lässt sich nicht an *den* Staat oder *die* Politik delegieren, vielmehr leben beide in einem hohen Maße davon, ohne sie selber garantieren zu können.

Je mehr Freiheiten es gibt, desto mehr Differenzen gibt es, und je mehr Differenzen es gibt, desto nötiger wird die Toleranz bzw. eine Zivilisierung dieser Differenzen durch die Verhaltenstugend der Toleranz.³ Diese Tugend besteht in Einsichten und Fähigkeiten von Bürgern, die immer wieder aufs Neue gefordert, aber aus verschiedenen Gründen auch stets gefährdet sind. Besonders in den großen Städten wird diese Tugend alltäglich auf die Probe gestellt, denn politische Urbanität ist eine Kunst des Zusammenlebens auf engem Raum, allerdings nicht nur mit unterschiedlichen Toleranzbelastungen, sondern ebenso mit unterschiedlichen Möglichkeiten, sich ihnen zu entziehen. Auch dieser Aspekt ist stets zu beachten, wenn es um Toleranz und Zusammenleben geht, die *ineinander verwoben* sind. Toleranz mutet allen – manchen oft mehr als anderen – viel zu. Das gilt vor allem für die Meinungsfreiheit als konstitutive Voraussetzung der Demokratie, es

3 Vgl. Walzer, Michael: Über Toleranz, Hamburg 1998.

gilt aber auch für Nachbarschaften, Konkurrenzverhältnisse am Arbeitsplatz und in Schulen.

Mut und Zumutung

Für eine *minderheitenfähige Demokratie* bleiben die Machtspiele der Politik und die Zivilisierung der Mehrheiten ein Problem. Die Meinungsfreiheit zum Beispiel ist *grundlegend* für die Demokratie, da sie die Auseinandersetzung von Meinungen überhaupt erst ermöglicht. Meinungs- und Redefreiheit muten den Beteiligten in einer liberalen Demokratie jedoch viel zu. In John Stuart Mills berühmter Schrift *On liberty* (1859) ergibt sich die Wahrheit am ehesten aus dem ständigen Meinungsstreit, wobei jede Meinung, egal, wie exzentrisch sie zunächst daherkommt, wahr sein kann. Die Annäherung an die ganze Wahrheit, die aus vielen Einzelteilen besteht, muss buchstäblich erarbeitet werden und kommt selten zum Abschluss, weshalb Diskurs- und Dezi-sionsfähigkeit gleichermaßen wichtig sind. Dafür dient der offene und inklusive Meinungsstreit; er führt außerdem dazu, dass Lehrende wie Lernende auf ihren Posten nicht in Schlaf verfallen.⁴ Selbsternannte Aufklärer meinen hingegen, sie müssten für alle anderen denken.

An dieser Stelle wird Toleranz zu einer Zumutung. Es ist aber von grundlegender Bedeutung für eine offene und liberale Gesellschaft, dass Meinungen (auch die abstrusesten) überhaupt artikuliert werden können (dann weiß man, woran man ist), dass man sie kennen lernt (auch rechte Parteiprogramme) und sich mit ihnen, möglichst vor Publikum, auch auseinandersetzt, und zwar

⁴ Vgl. Stuart Mill, John: Über die Freiheit, Zweites Kapitel: Über die Freiheit des Gedankens und der Diskussion, Stuttgart 1974, S. 24–76 – danach folgt das Kapitel über Individualität als Hauptbedingung gesellschaftlicher Entwicklung.

nicht nur unter Gleichgesinnten – das demokratische Sprechen geht weit darüber hinaus. Das macht das Politische schwierig und oft unbequem, worüber auch das beschönigende Wort ‚Streitkultur‘ nicht hinwegtäuschen kann. Aber nur so kann – auf *politische* Weise –, die in beruhigender ‚Totalkultur‘ und scheinbar sicheren ‚staatlichen Gesetzen‘ nicht aufgeht, verhindert werden, dass sich abstruse Meinungen in den Köpfen vieler festsetzen und verbreiten. Eine aufrichtige, sachliche und entschiedene Diskussion bewirkt allemal mehr als Blockaden, Strafanzeigen, Verbote usw. Ideologischer und moralischer Druck, von welcher Seite auch immer, schreckt nicht nur ab, sondern ist aufs Schärfste zu verurteilen, weil er schon im Ansatz eine solche demokratische Anstrengung verhindert; statt Gesinnungspolizei und staatlicher Aufsicht ist vielmehr eine offene Debatte über alles zu riskieren.

Dafür braucht es Mut, denn Toleranz schließt ärgerliche Konflikte, die moralisch aufgeladen und emotional hoch besetzt sind, mithin mehr von der Dynamik des Moralismus als von Urteilskraft zehren, nicht aus, sondern ein. Toleranz ist keine Schönwetterveranstaltung, wie die Auseinandersetzungen um die Auftritte von Erika Steinbach und Thilo Sarrazin in Potsdam buchstäblich vordemonstriert haben. Insofern ist es nicht zutreffend, wenn oft gesagt wird, dass Konsens und Kompromiss die hauptsächlichen demokratischen Tugenden sind. Eher sind es Respekt und Toleranz, Mut zur Wahrheit und Fähigkeit zum Dialog (auch unter schwierigen Bedingungen) sowie die Beachtung von Regeln, hinter denen Ideen und Ideale stehen (Demokratie als multiples Regelsystem) sowie die Zivilisierung von Konflikten (Gewaltverzicht).⁵ Konsens und Kompromisse dagegen sind Resultate, die wünschenswert sein mögen und keinesfalls verachtenswert sind.

5 Vgl. Kleger, Heinz: Toleranz der Demokratie, Potsdam 2009.

Toleranz als Streitfeld

Tatsächlich gehören zum Alltagsleben wie zur demokratischen Politik Selbstbehauptung und Duldsamkeit, woraus Kulturen des Kompromisses resultieren. Nur darf dabei die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen, auf die Dauer nicht zu ungleich verteilt sein. Zur Lebensklugheit gehört deshalb nicht nur die Toleranz, sondern auch die Sorge, Toleranzbereitschaft nicht über Gebühr ungleich zu strapazieren. Die Menschen sollten ein Selbstbewusstsein entwickeln können, dass sie tüchtig genug sind, ohne sich der herrschenden Praxis völlig ausliefern zu müssen. Und sie sollten lebensklug genug sein, um zu wissen, dass menschliche Beziehungen und demokratische Politik dann am besten funktionieren, wenn alle Beteiligten auf ihre Kosten kommen.

Toleranz, Intoleranz, Nicht-Tolerierbares, keine Toleranz, falsche Toleranz und Null-Toleranz sind zu unterscheiden. Hitler und andere Menschheitsverbrecher, Nazis und moderne Nazis sind keine Frage von Toleranz oder Intoleranz. Sie gehören nach der leidvollen Verarbeitung unserer historischen Erfahrungen zum *Nicht-Tolerierbaren*. Diesbezüglich gibt es keine Toleranz, an dieser Stelle muss aktiv widersprochen und wenn es gegen Gewalt geht, rechtzeitig und konsequent mit rechtsstaatlich legitimer Gewalt eingeschritten werden. Die Neuköllner Jugendrichterin Kirsten Heisig meint mit ihrem Buch ‚Das Ende der Geduld‘ (2010) den Rechtsstaat und sein Personal, der zum Beispiel gegen kriminelle Familienclans mit Migrationshintergrund nichts unternimmt. Das Strafrecht ist dafür Leitlinie genug, und es kann verbessert werden, auch im Dialog. Frau Heisig darf mit guten Gründen *Konsequenz* fordern: Die Regeln des Zusammenlebens sind zu beachten, ihr Missbrauch ist unsozial. Dass bestehende Gesetze (z. B. Schulpflicht) angewendet werden müssen, ist eine Trivialität. Wird indes die Apologie dieser Trivialität notwendig,

so ist dies alles andere als trivial. Wir dürfen weder der Privatisierung des Gewaltmonopols das Wort reden, noch individuelle Grundrechte missachten. Vor der Strafe kommt freilich die Hilfe, Unterstützung und Förderung. Das Ende der Geduld markiert eine *Grenze* der Toleranz, nachdem wir Toleranz als Geduld, Offenheit und Zivilisierung von Differenzen definiert haben.⁶

Toleranz und Entschiedenheit schließen sich nicht aus, sie sind vielmehr zu kombinieren. In der demokratischen Politik gibt es kein absolutes Wahrheitskriterium. Aus dieser *Skepsis* als Form politischer Aufklärung (auch über die historische Aufklärung) folgt indessen nicht zwangsläufig ein Relativismus der Beliebigkeit, sondern eine *Toleranz*, welche *Entschiedenheit* für bewahrenswerte und bewährte Werte *einschließt*. Das wiederum hat mit unserer gewachsenen Identität zu tun, die nicht leer und beliebig ist. Folglich geht es immer wieder um *Wahrheitsfragen* wie um *neue Formen des Zusammenlebens*. Beides ist nicht leicht zu haben und erfordert Urteilskraft, weshalb sich der Toleranzbegriff nicht zur bloßen Worthülse entleeren darf, was heute in Zeiten des ‚corporate identity‘ vielfach der Fall ist. Toleranz bedeutet nicht, sich des eigenen Urteils zu enthalten. Urteilskraft durchschaut auch naive und falsche Toleranz. Die Fähigkeit zum politischen Urteilen ist jedoch in der allgegenwärtigen Mediengesellschaft ein Problem für uns alle geworden. Die Boulevardisierung der Medien stärkt die Demokratie nicht, im Gegenteil. Das Sarrazin-Theater, welches angeblich die Republik erschüttert (so ‚Focus‘ und ‚Spiegel‘), ist ein Beispiel dafür. Die lokalen und regionalen Medien ziehen hier leider mit. Schnelle Empörung und medial erzeugte Erregungsgemeinschaften machen immer häufiger das Rennen.

Nicht nur die Toleranz hat Konjunktur, auch die Null-Toleranz. Die ‚zero tolerance‘-Politik ist ursprünglich aus den

⁶ Vgl. Kleger, Heinz: Potsdamer Toleranzedikt: für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft, hg. v. ProWissen Potsdam e. V., Potsdam 2008, S. 22.

Problemgebieten der amerikanischen Großstädte heraus entstanden, den verslumten ‚inner cities‘ und ihrer Gewaltkultur, die keine bürgerliche Außenwelt mehr kennen. Mit der Übertragung dieses Konzeptes auf deutsche Städte sollte man vorsichtig sein, da die autoritären Versuchungen groß sind. Einerseits genügt es, klar und deutlich zu sagen, was zum Nicht-Tolerierbaren gehört – Gewalt und Fremdenhass gehören dazu. Andererseits haben attraktive Städte sozusagen Baustellencharakter im buchstäblichen wie im metaphorischen Sinne. Das heißt auch: Sie sind nicht nur ordentlich und sauber, es gibt immer Lärm, Schmutz, Verkehr und allerlei Missstände sowie – daraus resultierend – Ärger, Aufregung und Empörung. Das gehört zur städtischen Lebenswirklichkeit. Für die alltägliche urbane Toleranz gilt deshalb ganz besonders, dass sie lernt, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden und aus der Lebenserfahrung heraus zu urteilen, wie beispielsweise mit Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, Lärm, Graffitis oder Vandalismus umgegangen werden soll. Zu den europäischen Städten gehört seit je auch die Sichtbarkeit der Roma. An ihrem Schicksal zeigt sich gegenwärtig, was EU-Europa sein will und sein kann. Frau Reding, zuständig für Grundrechte in der EU-Kommission, ist ebenfalls zu Recht am *Ende ihrer Geduld* angesichts der französischen Abschiebep Praxis. Der Umgang mit den zwölf Millionen Roma in Europa, die keine homogene Gruppe sind, bildet einen Toleranztest für alle Städte.

Toleranz hat inzwischen – nach einer langen konfliktreichen und gewalttätigen Geschichte – lebensweltliche Wurzeln. Wir können drei Ebenen der Toleranz-Diskussion, die keine akademische ist, unterscheiden:

- die *soziale-alltagspraktische Ebene* von jedermann/jeder Frau; Toleranz als Erfahrung und Anspruch;
- die *historisch-systematische Ebene des bürgerlich-liberalen Verfassungsgedankens*; in der Verfassung selbst nicht erwähnt

- und definiert; ihrem Experiment der Freiheit, der Gedanken- und Meinungsfreiheit indes vorausgesetzt sowie in den Verfahren der Demokratie institutionalisiert;
- *Mut und Zumutung im Kampf der Meinungen*, im Streit um Worte und Ansichten; etwas, was man wagen als auch etwas, was man aushalten muss.

Solidarität, Sicherheit und Anregungen

Für die meisten Menschen ist Toleranz durchaus etwas Grundlegendes und persönlich Wichtiges für das alltägliche Zusammenleben, das sie auf unterschiedliche Weise erfahren. Sie können mit dem Begriff etwas anfangen. Man sollte sie daraufhin befragen und darüber reden und würde dann auf eine ebenso aufschlussreiche wie lehrreiche Gebrauchstheorie der Bedeutung von Toleranz kommen, denn ein Wesen der Bedeutung gibt es nicht (Wittgenstein). Oft wird der Begriff in der Alltagssprache mit anderen Konzepten verknüpft, zum Beispiel ausdrücklich mit dem *Wahrnehmen und Zubörenkönnen* oder mit der *Solidarität*.⁷ An dieser Stelle wird es für das ‚Tolerante Brandenburg‘ in den nächsten zehn Jahren überlebenswichtig werden, Toleranz mit Solidarität verbinden zu können, das heißt konkret: mit der frühzeitigen und breiten Diskussion der *gesamtregionalen Solidarität* eines neuen Bundeslandes Berlin-Brandenburg, welches 1996 am Votum der Brandenburger Bevölkerung scheiterte, zu beginnen, zumal der Solidarpakt II, der seit 2009 stufenweise abgesenkt wird, wie die EU-Förderung als Zielgebiet 1 bald auslaufen werden. Dann (2014), wenn Berlin-Brandenburg offiziell nicht mehr zu den strukturschwachen Regionen Europas zählt, wird

7 So die Ergebnisse des achtmonatigen Stadtgesprächs ‚Potsdamer Toleranzedikt 2008‘.

eine *selbsttragende* Entwicklung in verschiedener Hinsicht vonnöten. Darin ist involviert ein *Selbst*, zu dem Freiheit, Toleranz und Solidarität gehören. Diese Werte-Triade müsste bei aller Differenz das gemeinsame Segel bilden für eine neue historische Situation nach der Nachwendezeit und eine Zukunft des Weniger.⁸ Die so genannte Transformationsperiode ist zu Ende, die Transformationsforschung nur noch langweilig. Die Unterschiede werden bleiben, daraus kann man etwas machen.

Ein Hauptproblem ist *erstens* die Abwanderung (etwa 12.000 junge Leute wandern jährlich aus Brandenburg aus!), die damit zu tun hat, dass 2010 jeder dritte Brandenburger keinen Vollzeitjob hat und die Löhne auch 20 Jahre nach der staatlichen Einheit weiterhin deutlich unter Westniveau liegen (bei 77 Prozent)⁹. Das Prekariat mit wachsender Armutsgefährdung ist kein günstiger Nährboden für Toleranz. Diese und andere *Strukturprobleme* können mit mehr Freiheit und Toleranz allein nicht gelöst werden, was vor allem die *objektiven* Grenzen der Toleranz sind. Die *subjektiven* Grenzen sind leichter verschiebbar, allerdings in positiver wie negativer Richtung. Die liberale Moderne der größtmöglichen Freiheit aller bedarf ebenso der solidarischen Moderne, das sind lokale und regionale Zusammenhänge der Sicherheit, Solidarität und Perspektive. Ein materielles Fixum (Grundeinkommen, Mindestlohn, würdiges Existenzminimum) ist dafür ebenso notwendig wie Anregungen und Angebote. Die jungen Menschen, die abwandern, sollen wieder *Gründe* haben, in ihre Heimatregion zurückzukehren.

Ein *zweites* ebenso schwerwiegendes Problem verweist indes weiterhin *auch* auf ein fehlendes Klima der Toleranz, wenn damit

8 Bezeichnend und aufschlussreich hierfür ist: Ministerium für Landesentwicklung u. Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.): Internationale Bauausstellung, Stadumbau Sachsen-Anhalt 2010. Weniger ist Zukunft. 19 Städte – 19 Themen, Berlin 2010.

9 Vgl. Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (Hg.): Entwicklung von Betrieben und Beschäftigung in Brandenburg. Ergebnisse der vierzehnten Welle des Betriebspanels Brandenburg [2009], Berlin 2010.

kühner Pragmatismus und mutige Handlungen verbunden sind. Auch 2010 wird trotz erheblichem Fachkräftemangel noch wenig getan, um die Einwanderung zu erleichtern. Sie wird immer noch nicht als positiver Beitrag zur Volkswirtschaft und als gesellschaftliche Bereicherung wahrgenommen. Nicht einmal die Anerkennung von Berufsabschlüssen ausländischer Fachkräfte ist bisher erfolgt. Deutschland insgesamt, nicht nur Ostdeutschland, ist eher ein Abwanderungs- als ein Zuwanderungsland. Ein modernes Einwanderungsrecht fehlt, obwohl mit dem Süßmuth-Bericht (2001) ein Minimalkonsens vorliegen würde. Dieser sieht nach kanadischem Beispiel ein Punktesystem als Kriterienkatalog vor sowie ein arbeitsmarktbezogenes Engpassverfahren. Kanada praktiziert nicht nur eine offensive Anwerbep Praxis, sondern garantiert auch den Familiennachzug, was gute soziale Auswirkungen hat. Deutschland bräuchte angesichts der demographischen Entwicklung gerade *jetzt* eine ebenso vernünftige Migrationspolitik mit guten Integrationsbedingungen, in zwanzig Jahren ist es dafür zu spät.

Für die Städte wird es entscheidend sein, die städtische Toleranz mit der Thematisierung der sozialräumlichen Entwicklung in ihnen zu verknüpfen. Forschung bedeutet nicht, die Realität eins zu eins abzubilden oder abbilden zu können, sondern bedeutet, mit der komplexen Wirklichkeit in einen Dialog zu treten. Solche Feldforschung, die das Gespräch mit den Betroffenen sucht und von ihnen ebenso lernt wie umgekehrt, geschieht leider viel zu wenig. Wir müssten jetzt alle mehr erfahren, wissen und lernen, wenn wir über Zuwanderung und Integration diskutieren wollen. Zuwanderung muss demokratisch gewollt und ebenso bewältigt werden. Dafür hat auch die Wirtschaft, die das fordert, eine Bringschuld. Die *Toleranzbelastungen* gerade für eine konkurrenzorientierte Exportnation, die altert, werden in den nächsten Jahrzehnten zunehmen. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Insofern lohnt es sich, die Tiefenbohrungen nicht zu früh

abzubrechen und auszuloten, was heute ein selbstbestimmtes Leben bedeutet.

Die Ausweitung des Toleranzbegriffs hat *Vor-* und *Nachteile*. Man muss sehen, dass der weite Toleranzbegriff produktiv bleibt und nicht leichtfertig mit ihm umgegangen wird – bei aller Mehrdeutigkeit, die an sich kein Makel ist und anderen grundlegenden Begriffen der politischen Sprache wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit ebenso eignet. Für den *weiten* Toleranzbegriff spricht, dass er Bündnisse und Allianzen bilden kann (‘Tolerantes Brandenburg’, ‘Tolerantes Lübben’, ‘Tolerantes Bad Saarow’, ‘Tolerantes Teltow’ usw.). Das ist wenig und zugleich *viel*. Genauso wie weich nicht schwach bedeutet, sorgt die offene und tolerante Weite für Motivation, Sammlung und Bewegung, weil viele etwas Verschiedenes und möglicherweise doch Gemeinsames oder zumindest Ähnliches, was in der Praxis oft genügt, damit verbinden. Außerdem ermöglicht sie *selbstbestimmte* (Re-)Spezifikationen, was sich an zahlreichen originellen Projekten gerade im Integrationsbereich zeigt.

Aufklärung als praktische Philosophie kann daran anknüpfen, wie sie es anregen und reflexiv begleiten kann. Sie ist philosophisch und praktisch zugleich. Sie muss *Bündnisse stiften* können – heute mehr denn je. Die zahlreichen Projekte gilt es schließlich wieder zu verknüpfen, so entsteht ziviles Wachstum. Für Potsdam heißt das beispielweise Toleranzedikt, Integrationskonzept und die Unternehmensinitiative ‘Charta der Vielfalt’ zusammenzuführen: Sie sollen sich wechselseitig unterstützen, damit sie möglichst breit in die vielfältige Stadtgesellschaft diffundieren. Dies erfordert einen langen Atem und nicht kurzfristige Provokationen, die heute von rechts kommen.

Im Zentrum steht dabei die *Idee der Bürgerschaft*. Das ist eine politische Idee im Sinne des durchaus nicht konfliktfreien Zusammenlebens verschiedener Menschen und gesellschaftlicher

Kräfte. Obwohl beispielsweise Unternehmen Organisationen mit Gewinninteresse sind und keine Individuen, können sie dennoch im Sinne einer *Stadt der Bürgerschaft als kreative Stadt* handeln. Sie können sich auf verschiedenen Feldern und auf unterschiedliche Weise bürgerschaftlich engagieren. Ihr Wissen und ihre Problemwahrnehmung sind in der Stadtentwicklung gefragt. Das nützt den Unternehmen vor Ort – macht sie beliebt und bekannt – und das nützt den *Orten*, die mit ihren Besonderheiten im Zuge der Globalisierung nicht weniger wichtig, sondern *wichtiger werden*.

Wir haben im Toleranzedikt zwei lehrreiche Beispiele für Unternehmen als Bürger der Stadt Potsdam: ‚Oracle‘ an der Schiffbauergasse und ‚Pro Potsdam‘. ‚Oracle‘ steht mit seiner Selbstverpflichtung¹⁰ als weltweiter Anbieter von Unternehmenssoftware für global denken, lokal handeln. Es praktiziert, wie wir selber erfahren konnten, eine offene und faire multikulturelle Unternehmenskultur, die zu Wertfragen, etwa Menschenrechtsfragen, klar Stellung bezieht. Das eine schließt das andere nicht aus, wie in der deutschen Diskussion gerne vorschnell unterstellt wird, die den ‚Multikulturalismus‘ schon scheitern sieht, bevor er überhaupt begonnen hat. Er beginnt interkulturell. Die interkulturellen Tage (7. bis 18. September) fanden 2010 in Potsdam zum 20. Mal statt. Statt solche Veranstaltungen zu besuchen und in den lokalen und regionalen Medien zu begleiten, um etwas über andere Menschen, Integrationsprobleme und Lösungsmöglichkeiten zu erfahren, gehen zum selben Zeitpunkt die meisten jedoch lieber zu einer Lesung über ein Buch, in dem Deutschland sich abschafft, obwohl es sich seit 1989 wieder neu erschaffen hat. Für Kulturpessimismus haben die wiedervereinigten Deutschen nun wahrlich kein Grund.

¹⁰ Vgl. Kleger, Heinz: Potsdamer Toleranzedikt: für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft, hg. v. ProWissen Potsdam e. V., Potsdam 2008.

Toleranzedikt als Stadtgespräch

Das kommunale Wohnungsunternehmen ‚Pro Potsdam‘ wird nicht nur seinem Namen gerecht, sondern auch seiner sozialen Verantwortung. Es hat den *Verein ‚Soziale Stadt‘* im Haus der Kulturen und Generationen inmitten eines Wohnquartiers im Schlaatz, dem Stadtteil mit dem höchsten Migrantenanteil (zehn Prozent), ins Leben gerufen,¹¹ der im Sinne des ‚community organising‘ dort arbeitet. 2010 hat dieses Verständnis von sozialer Stadt den Integrationspreis der Stadt Potsdam bekommen. Beide Unternehmen – Oracle und Pro Potsdam – haben das Toleranzedikt als Stadtgespräch¹² nicht nur von Anfang an unterstützt, sie haben es auch in ihre Unternehmen hineingetragen und in die alltägliche Arbeit aufgenommen. Das Toleranzedikt überschneidet sich nicht nur mit der bundesweiten Unternehmensinitiative ‚Charta der Vielfalt‘, der sich in Potsdam im Rahmen des Toleranzedikts immerhin 30 Unternehmen angeschlossen haben (in Hamburg waren es 40), es überschneidet sich auch mit dem Integrationskonzept der Stadt Potsdam: Acht Arbeitsgruppen mit 75 Mitgliedern haben sich daran beteiligt. Auch hier gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte mit dem Toleranzedikt und der Charta der Vielfalt. Unternehmen können zum Beispiel nicht nur an das zentrale Handlungsfeld ‚berufliche Bildung und Arbeitsmarktintegration‘ im Integrationskonzept anknüpfen, sie können auch auf dem Handlungsfeld ‚sprachliche Integration‘ etwas tun, wo es große Defizite gibt, aber auch originelle und wirksame Projekte wie „Mutti lernt deutsch“, „Nachbarschaftskultur“, „Zimtzicken“, „Samowargespräche“, „Afrikanische Gottesdienste“ und vieles mehr. Die Nachbarschaftsprojekte unter der Teilnahme vieler Menschen, die sonst nicht teilnehmen, sind dabei in den Mittelpunkt gerückt. Die Akteure haben Kraft zur

11 Vgl. ebd.

12 Ausführlich dazu Kleger, Heinz: Toleranzedikt als Stadtgespräch, Potsdam 2010.

Integration, wenn man sie nicht allein lässt. Die Selbstbehauptung von Kommunen, Stadtteilen und Städten darf man nicht unterschätzen. Auf sie ist zu bauen, sie ist aber auch zu fördern in einem föderalistischen System, in dem die Städte zu Stiefkindern geworden sind. Städte und Kommunen sind die Substanz und kein Anhängsel der Bundes- und Landespolitik.

Weiterführend sind inhaltliche, auch neuartige Verknüpfungen und Vertiefungen. Insbesondere Vereine, von denen es in Deutschland viele gibt, sollten mehr zusammenarbeiten und nicht nur ihr eigenes Süppchen kochen. Der neue Verein ‚Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V.‘ (2009) hat unter anderem den Sinn, hier eine Brücke zu bauen. Personen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, Berufen und Stadtteilen, die sich 2008 über das Projekt Toleranzedikt kennenlernten, haben ihn gegründet. Sie wollen diesen Schatz nicht wieder verlieren. Aktivitäten, die verpuffen und ins Leere gehen, gibt es genug. Der Austausch, die Anregung und Unterstützung unter den Mitgliedern darf nun nicht vernachlässigt werden. Für Kontinuität ist ebenso zu sorgen: Die Verstetigung der Bemühungen in der *Zeitdimension* sowie die *soziale* und *zahlenmäßige* Ausdehnung des Personenkreises bleiben ein Problem. Wenn wir auf diesem Weg, der sich von der Eventkultur unterscheidet und nicht konturschwach werden darf, etwas vorankommen, dann zeigen wir, dass die Idee der Bürgerschaft *ernst* genommen wird und wir zu einer wertegebundenen Politik fähig sind – nicht nur rhetorisch. Vereins- und Organisationspatriotismus allein, der blüht, genügt hierfür nicht. Heute geht es weniger um das *Was* als um das *Wie* der Aufklärung, deren Praxis in einer Überforderungskrise steckt. Gerade weil das so ist, sollte eine hohe wechselseitige Toleranz des Zuhörens, voneinander Lernens und gemeinsamen Handelns den Rahmen für die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit bilden – Toleranzedikt als Stadtgespräch statt Sarrazin-Theater.

